

**Essay**  
**für**  
**Grundkurs Politische Theorien.**  
**Staatsbürgerschaft und Widerstandsrecht (C1)**  
**SS2006**  
**VLZ.Nr.210183**

**Vefasst von**  
**Mark Willuhn**  
**Matr. Nr.: a8727490**  
**Std. Kennz.: A-121**

**Persönliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Wien, 6.11.2006  
Mark Willuhn

## **Verweigerung der Partizipation als Form des Widerstandes**

Unmut regt sich. Vieles ist nicht so wie wir uns es vorstellen, manches hat sich eigendynamisch in eine Richtung verändert, so dass dessen früherer Sinn und Zweck nicht mehr erfüllt scheinen, wie die Funktion der Gewerkschaften als „Standesvertretung“ oder andere Institutionen. Zuweilen finden Ausdrucksformen und Argumente ihren Platz, die aus einer vergangenen Zeit erscheinen, so aristokratische oder feudale Selbstdarstellung und anmaßenden Postenschacher, und vielleicht auch dadurch wieder aufkeimend Blut und Boden Philosophien die sich quer durch alle Farben des politischen ziehen. Geht es nur um die Herausforderungen alt ehrwürdiger Institutionen und Parteien, oder sind es Prozesse die viel tiefer reichen und an den Fundamenten einer wenn schon nicht gerade partizipativen Demokratie, so doch einer delegativen Demokratie reichen, in der die aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger gefordert wäre?

Es geschieht nichts. Es verändert sich nicht? Wird da nicht zuweilen ein Dürkheimscher Determinismus heraufbeschworen der, gerade in der Zeit explodierender medialer Möglichkeiten, blind für die Möglichkeiten der aktiven Teilnahme ist? Gibt es Indikatoren für regionale Unterschiede in der Teilnahme, oder sind die Möglichkeiten und Erfordernisse einer Partizipation zu groß und komplex geworden, dass diese durch den/die Einzelnen nicht mehr wahrgenommen werden können? Ist die nicht Partizipation, die Verweigerung der Partizipation, als Form des Widerstandes zu einem integralen Bestandteil unserer demokratischen Kultur geworden? Oder sind die strukturellen Kräfte so stark geworden, dass der Rückzug ins Private, das sich auf andere Art wieder öffentlich zeigt, als einzige Möglichkeit erscheint. Sind die Kontinuitäten so groß geworden oder ist die Resignation zu einem bestimmenden Moment im Handeln vieler geworden?

Viele Fragen im Zusammenhang um Partizipation und Verweigerung derselben stellen sich auch im Licht des „Rechtes auf Widerstand“<sup>1</sup>. Rucht in

---

<sup>1</sup> Rucht, 1984: Aktualität, Legitimität und Widerstand

erörtert in seiner Analyse nur die Formen legitimen Widerstandes, an der Grenze zu Gewalt gegenüber dem Staat. Ist jedoch die Verweigerung einer „Pflicht“, nämlich in der Form der Verweigerung nicht auch ein „Gewaltakt“ passiven Widerstandes? Zwar nicht gegenüber dem Staat als Institution sondern dem Staat als „res publica“, also gegenüber der Gemeinschaft? Rucht bezieht sich in seinem Artikel auf das Recht zum Widerstand gegen das staatliche Gewaltmonopol. (S.255) Gewalt seinerseits egalisiert allerdings letztlich jede Handlungsalternative (vgl. Luhmann).<sup>23</sup>

„Alle Menschen bekennen sich zum Recht auf Revolution; das heißt zu dem Recht, der Regierung die Gefolgschaft zu verweigern und ihr zu widerstehen, wenn ihre Tyrannei oder ihre oder ihre Untüchtigkeit zu groß und unerträglich wird. Aber fast alle sagen, dass sei jetzt nicht der Fall“ schreibt Thoreau<sup>4</sup> 1849. Was aber wenn 40 Prozent des Volkes die Regierung nicht mehr wählen? Eine aktive Protestnote in Form eines Weißen oder ungültigen Wahlzettels schient auf der Mode gekommen zu sein und wird gar nicht mehr von den Medien wahrgenommen. Es gibt jedoch den Block der nicht Wähler in den Wählerstromanalysen.

Versagende Institutionen?

Skandale überhäufen die Länder. Korruption ist nicht nur in den neu der Eu beitretenden Ländern immer noch ein großes Problem, sondern auch mitten in Europa. Einkäufer der Automobilindustrie ließen sich Zuwendungen zuteil werden, Parteien gründen Firmen und erhalten überzahlte Aufträge, selbst die großen Europa Institutionen wie die europäische Agentur für Nahrungsmittelsicherheit EFSA hängt ihren unbestechlichen Ruf bei der

---

<sup>2</sup> Niklas Luhmann (1975): Macht, 2. durchgesehene Auflage, Enke, Stuttgart

<sup>3</sup> Nimmt man die Machtdefinition von Max Weber nach sie :„jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht.“ (Wirtschaft und Gesellschaft) ist, so bedingt Macht Widerstand gerade zu. Heinrich Popitz definiert Macht in seiner soziologischen Abhandlung "Phänomene der Macht" folgendermaßen: Macht ist das Vermögen sich als Mensch gegen andere Kräfte durchzusetzen. Macht ist verändern können. Im Sinne von "verändern können" ist die Geschichte der menschlichen Macht die Geschichte des menschlichen Handelns.

Hannah Arendt definiert "Macht" positiv als das Zusammenwirken von freien Menschen im politischen Raum zugunsten des Gemeinwesens. Dabei geht es nicht um die Durchsetzung privater Interessen.

<sup>4</sup> Thoreau, Henry David 2004 (1849): Über die Pflicht zum ungehorsam gegen den Staat, Zürich, 9-19; 27-45; 61-71

Zulassung von Genmanipulierten Nahrungsmittel an den Nagel. Doch dieser Nebeneffekt der Macht ist nur eines der Probleme von Organisationen und Institutionen.

Viele Institutionen haben es in den letzten Jahrzehnten versäumt ihre Strukturen, ihre Ziele und ihre Perspektiven zu reformieren. So forderten Gewerkschaften noch in der Zeit deutlicher Rezessionen Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich, ohne begleitende Konzepte oder Übergangskonzepte anzubieten. Selbst Arbeitsagenturen hielten an den Visionen der Vollbeschäftigung fest, wiewohl doch längst Überproduktionen und vollständige Marktsättigungen erfahrbare Realitäten waren. Der Strukturwandel von einer Produktions- in eine Dienstleistungsgesellschaft schon längst eingeläutet war.

Strukturelle Macht / Gewalt?<sup>5</sup>

Es wir ja niemand bestreiten, dass gesellschaftliche Strukturen Auswirkungen auf einzelne haben, doch überall gibt es (leider zum Teil schwindende) Mitbestimmungsrechte. Allerdings argumentiert Steward Hall geradezu begeistert, dass es doch auch an den Beteiligten läge die Definitionsmacht über sich selbst wieder an sich zu ziehen. Den „beschworenen“ Determinismus zitiert er mit Althussers Lesart von Lacan: „Das Neugeborene;...muss die Mittel erwerben, innerhalb des Kulturgebots platziert zu werden, wird bereits erwartet, benannt, im Voraus positioniert durch >>die Formen der familiären Ideologie...<<. Damit entlarvt Hall in „Identität, Ideologie und Repräsentation“ die strukturellen Bedingungen als diskursiv eingerichtete ideologische Randbedingungen, die mit Nichten fest sind, auch wenn sie ihre Auswirkungen auf die Individuen haben. „Dieser Prozess hat wirkliche Folgen und Wirkungen für die Art wie sich die ganze Formation ideologisch reproduziert. Die Wirkungen des Kampfes um

---

<sup>5</sup> Susan Strange: Sie prägte den Begriff der strukturellen Macht. Für Strange bedeutet er das Machtpotenzial, das Strukturen wie Sicherheit, Kreditkapazitäten, Wissenschaft und die Produktion auf die beteiligten Akteure haben. Akteure sind „mächtig“, wenn sie Macht über diese Strukturen besitzen. Mächtig sind Akteure also immer dann, wenn sie in der Lage sind, Strukturen so anpassen zu können, dass es dem eigenen Vorteil gereicht und sich die anderen Konkurrenten/Akteure anpassen müssen. So besitzen sowohl Strukturen selbst als auch alle, die auf sie einwirken können, Macht. Stranges Modell ist sehr vielschichtig und komplex. Es bezieht sich auf globalsoziale Interaktionen und schafft es daher, eine Vielzahl von Größen der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung zu vereinen und in ein machttheoretisches Konzept einzubauen.

>>schwarz<<, falls er stark genug wird, besteht darin, das er die Gesellschaft daran hindert sich funktional in jener alten Weise zu reproduzieren“.  
Teilnahme, Mitbestimmung und Selbstbestimmung haben hier ihre Möglichkeiten.

„Ungemütlich, aber grad so dass es nicht wehtut und nicht all zu sehr zwick, und sehr bequem...“ oder „Die anderen werden es schon richten?“  
Lehnen wir uns doch zurück, die Geschichte wird es schon richten. Es gab ja immer Hochs und Tiefs. Oder vertrauen wir doch einfach auf die Grundsätze, die unsres Uhrhahnen für unsere Demokratie eingerichtet haben. Die werden schon recht gehabt haben, mit dem was sie gemacht haben, oder ergeben wir uns in unsere Schicksal der Kontingenz. Jene die meinen streiten zu müssen, dafür bezahlen wir sie ja schließlich werden schon einen Weg finden. Und wenn sie gar in eine Richtung entscheiden die uns nicht passt, dann gehen wir eben nicht mehr wählen. Sollen die doch in ihren Parlamenten allein sitzen und ihre Papier wälzen, die sowieso keiner mehr versteht.  
Doch leider hatten unsere Uhrhahnen keine Idee von „Globalisierung“, WTO, Internet, Beamen, Quads, Gentechnik, etc... So werden wir wohl nicht darum herumkommen uns mit neuen Gesetzen, Regelungen, und auch Formen der Mitbestimmung und Partizipation auseinander zu setzen.  
Wie gemütlich muss es denn noch werden, bis wir uns wieder zu einer Mitbestimmung überwinden können?

Es gibt ein aktives Leben außerhalb der parlamentarischen Demokratie.  
Es gibt eine ganze Reihe von Diskursorten die abseits jeder parlamentarischen Entscheidung Definitionen und „Entscheidungen schaffen“.  
Zum Teil werden diese dann von den Parlamenten „nachgeholt“, doch die Integration geht zu langsam. Es bedarf vielleicht doch dringend einer Reform unserer demokratischer Strukturen hin zu flacheren und breiteren Entscheidungsstrukturen an die ,flexibler und wirklich subsidiär, Entscheidungen auf regionaler Ebene delegiert werden.  
Solange unsere Wahlsysteme funktionieren wäre es allerdings wichtig die „Weiswähler“ wieder zu integrieren und die Verweigerung der Partizipation zu ernst zu nehmen.

## **Literatur:**

Ahrend Hannah 1996 (1970): Macht und Gewalt, Piper, München

Ahrend Hannah (1967); Vita Activa, Piper, München

Luhmann, Niklas (1973): Macht, 2, durchgesehene Auflage, Enke; Stuttgart

Popitz, Heinrich (1992): Phänomene der Macht, Mohr Siebeck

Rucht, Dieter (1984): Aktualität, Legitimität und Grenzen „Zivilen

Ungehorsams“, in: Nernd Guggenberger, Claus Offe (Hg.): An den

Grenzen der Minderheitsdemokratie. Politik und Soziologie der

Mehrheitsregeln, Opladen; 254-281

Thoreau, Henry David 2004 (1849): Über die Pflicht zum ungehorsam gegen

den Staat, Zürich, 9-19; 27-45; 61-71

Weber, Max (2006): Wirtschaft und Gesellschaft, Voltmedia, Paderborn